

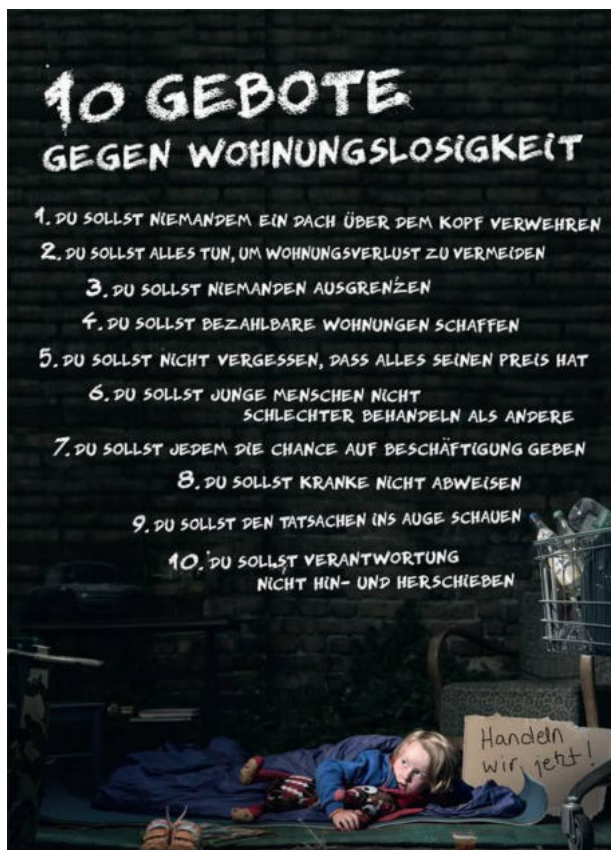


LICHTBLICK

Bekämpfung von Wohnungslosigkeit muss dringend auf die politische Agenda

Berlin, 14.11.2017 // Die von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) vorgestellten Berechnungen zur Zahl wohnungsloser und von Obdachlosigkeit betroffener Menschen belegen einen dringenden Handlungsbedarf. Die Bekämpfung und Verhinderung von Wohnungslosigkeit muss ein Schwerpunkt der politischen Arbeit der nächsten Jahre werden.

..... Deutschland mit ihren Fachorganisationen für Wohnungshilfe, der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (KAG W) und dem Evangelischen



10 GEBOTE GEGEN WOHNUNGSLOSIGKEIT

Immer mehr Menschen in Deutschland werden wohnungslos. In allen Ballungszentren und sogar in ländlichen Gebieten ist Wohnungslosigkeit auf dem Vormarsch. Es ist Zeit, Wohnungsnot zu sehen und zu handeln.

- 1. DU SOLLST NIEMANDEM EIN DACH ÜBER DEM KOPF VERWEHREN**
Jeder hat das Recht auf eine menschenwürdige Unterbringung – auch bei fehlendem Leistungsanspruch. Wir fordern Betten für alle.
- 2. DU SOLLST ALLES TUN, UM WOHNUNGSVERLUST ZU VERMEIDEN**
Jobcenter sollen bei drohender Kündigung Mietschulden als Beihilfe übernehmen können. Es müssen Fachstellen für Wohnungsnotfälle geschaffen werden, die alle Hilfen aus einer Hand bieten. Bei Mietschulden oder drohender Zwangsäumung sind aufsuchende Hilfen notwendig. Das hilft auch, bezahlbaren Wohnraum in den Kommunen zu erhalten.
- 3. DU SOLLST NIEMANDEM AUSGRENZEN**
Es müssen gemischte Wohnquartiere erhalten werden, um das Zusammenleben von einkommensstarken und einkommensschwächeren Menschen zu ermöglichen. Ghettosierung gefährdet den sozialen Frieden.
- 4. DU SOLLST BEZAHLBARE WOHNUNGEN SCHAFFEN**
Staatliche, privatwirtschaftliche und kirchliche Wohnungsbau-gesellschaften sowie Investoren müssen verpflichtet werden, ausreichend Wohnraum mit bezahlbaren Mieten anzubieten.
- 5. DU SOLLST NICHT VERGESSEN, DASS ALLES SEINEN PREIS HAT**
Wer Wohnungslosigkeit bekämpfen will, muss investieren. Wer nicht investiert, zahlt am Ende einen hohen Preis. Mieten in Deutschland sind unterschiedlich: Kosten der Unterkunft und Wohngeld müssen die regionalen Preisunterschiede angemessen berücksichtigen.
- 6. DU SOLLST JUNGE MENSCHEN NICHT SCHLECHTER BEHANDELN ALS ANDERE**
Schärfere Sanktionsregeln für unter 25-jährige Hartz IV-Bezieher machen junge Menschen wohnungslos. Junge Menschen brauchen Förderung – im Rahmen der Jugendhilfe auch über das 18. Lebensjahr hinaus.
- 7. DU SOLLST JEDEM DIE CHANCE AUF BESCHÄFTIGUNG GEBEN**
Jeder muss die Möglichkeit auf Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Durch dauerhaft geförderte öffentliche Beschäftigung muss Teilhabe für alle gesichert werden.
- 8. DU SOLLST KRANKE NICHT ABWEISEN**
Viele Wohnungslose haben keinen Zugang zum Regelsystem der Krankenversorgung. Deshalb müssen niedrigschwellige medizinische Angebote für diese Wohnungslosen geschaffen und gefördert werden, statt sie in die Notaufnahmen der Krankenhäuser abzuschieben.
- 9. DU SOLLST DEN TATSACHEN INS AUGE SCHAUEN**
Wir fordern die Einführung einer bundesweiten Wohnungsnotfallstatistik. Transparenz und empirische Grundlagen müssen politisches Handeln bestimmen. Wer steuern will, muss messen. Tatsachen müssen bekannt sein, bevor man Schlüsse zieht.
- 10. DU SOLLST VERANTWORTUNG NICHT HIN- UND HERSCHIEBEN**
Bund, Länder, Kommunen und auch die EU müssen das Problem gemeinsam anpacken. Deshalb gehört das Thema ins Kanzleramt.

Setzen Sie sich mit uns gegen Wohnungslosigkeit ein!

Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe
Schließen Sie sich unseren Forderungen an. Machen Sie die zehn Gebote gegen Wohnungslosigkeit zum Maßstab für ihr Handeln. Die Katholische Arbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe setzt sich im Zusammenwirken mit allen Ebenen kirchlich-caritativer Arbeit dafür ein, die Verarmung und soziale Ausgrenzung wohnungsloser Menschen zu verhindern und ihre Integration in die Gesellschaft zu verwirklichen. Mehr als 400 katholische Einrichtungen und Dienste unterstützen Tag für Tag in ganz Deutschland obdachlose, wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen.

Mehr zu unserer Position: www.kagw.de

Weil niemand draußen bleiben darf!

Konzept & Design: Inkont Berlin
Foto: Julia Holmgren

Der Deutsche Caritasverband und die Diakonie

Top Thema

Wohnungsnot 2018. Situation und Entwicklung. ★

Bundesfachverband Existenzsicherung und Teilhabe (EBET) unterstützen daher nachdrücklich die Forderung der BAGW nach Einführung einer bundesweiten Wohnungsnotfallstatistik. Diese ist zwingend notwendig, um verlässliche Zahlen zu erhalten.

Vor allem in Städten und Ballungszentren, zunehmend aber auch im ländlichen Raum, fehlt angemessener und bezahlbarer Wohnraum. In besonderer Weise trifft dies Menschen in prekären Lebenslagen, die verstärkt vom Verlust ihrer

Sozial engagiert??? Offen für Probleme Anderer??? Sehen Sie die Armut im eigenen Land??? ... dann informieren Sie sich: Patenschaften – Förderbeirat - SoliPunkte sammeln – Sponsoring - Freiwilligenarbeit... **Wir suchen Sie!!!**

Tagesbegegnung Lichtblick Eine Einrichtung für wohnungslose und sozial benachteiligte Menschen und Menschen in Notlagen. Amalienstraße 3, 67434 Neustadt/Wstr. Telefon: 06321-355340 Web: www.lichtblick-nw.de eMail: lichtblick_nw@t-online.de Montag bis Donnerstag: 8 Uhr bis 16 Uhr, Freitag: 10 Uhr bis 15 Uhr, Im Winter auch Samstag: 9 Uhr bis 13 Uhr Spendenkonto: Lichtblick Sparkasse, Rhein-Haardt, IBAN: DE86 5465 1240 0005 2888 57, BIC: MALADE51DKH

..... Wohnung bedroht sind.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen – auch für benachteiligte Menschen

Gemeinsam fordern Caritas und Diakonie ein koordiniertes Vorgehen der politisch Verantwortlichen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Notwendig sind präventive Maßnahmen, um frühzeitig den Verlust von Wohnraum zu verhindern. Dazu zählen auf kommunaler Ebene der Ausbau von aufsuchenden Hilfen, Mieter- und Schuldnerberatung. Auf Länder- und Bundesebene müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, sozial gemischte Quartiere zu fördern, in denen auch benachteiligte Menschen bezahlbaren Wohnraum finden. Zudem müssen die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen ausgebaut werden, damit Mieten weiterhin auch für Menschen mit geringem Einkommen und im Bezug von Grundsicherung und ALG II bezahlbar bleiben.



Vordringlich ist es, dass die angemessene Erstattung der Kosten der Unterkunft und Heizung für Menschen in prekären Einkommensverhältnissen verlässlich gewährleistet wird. Das Bundesverfassungsgericht hat den Vorlagebeschluss des Sozialgerichts Mainz zu den Kosten der Unterkunft und Heizung mit der heutigen Entscheidung zurückgewiesen. Dies ist Anlass für die Verbände, ihre politischen Anstrengungen für eine sachgerechte Ermittlung der Angemessenheitsgrenzen für Kosten der Unterkunft und Heizung zu intensivieren. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Verfügbarkeit von Wohnraum sowie die in der Person liegenden Besonderheiten in jedem Einzelfall berücksichtigt

werden.

Der Deutsche Caritasverband, die Diakonie Deutschland, die Katholische Arbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe und der Evangelische Bundesfachverband Existenzsicherung und Teilhabe e.V. sind korporative Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.★

Schwerpunktthema Wohnungsnot und bezahlbarer Wohnraum

Ob in Massenmedien oder Sozialen Netzwerken: Bezahlbarer Wohnraum und drohende Obdachlosigkeit als Folge beherrschen die Schlagzeilen; fast täglich neue Zahlen und wir alle haben das Gefühl - Niemand tut etwas dagegen.



Wir, die wir täglich mit dieser Schiefelage konfrontiert werden wollten wissen, was sagen die im Stadtrat vertretenen politischen Gruppierung in unserer Stadt dazu. Auf unsere Presseanfrage an alle Fraktionen bekamen wir die Stellungnahmen von Bündnis '90, Die Grünen, SPD, FDP, FWG und CDU.

Die Texte haben wir hier unkommentiert veröffentlicht.

Anfrage an die Fraktionen

Guten Tag,
als Freier Journalist schreibe ich unter anderen für die Hauszeitung der Tagesbegegnungsstätte »Lichtblick«.

Das Schwerpunktthema für die Februar/2018 Ausgabe ist die auch in Neustadt herrschende Wohnungsnot, insbesondere bezahlbarer Wohnraum und der Status »sozialer Wohnungsbau« in unserer Stadt.

Ich bitte Sie in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender 3 Fragen:

1. Welche Vorschläge gibt seitens ihrer Fraktion hinsichtlich eines Wohnraumversorgungskonzeptes in Neustadt an der Weinstraße, das neben dem Bedarf an Wohnungen für mittlere und höhere Einkommen auch das Augenmerk insbesondere auf Bezieher von Niedrigeinkommen und Transferleistungen richtet?

2. Welche Vorschläge gibt es seitens ihrer Fraktion zum sozialen Wohnungsbau in Neustadt; beispielsweise die Einführung einer bedarfsorientierten Sozialquote?

3. Gibt es Ideen zur Einführung eines lokalen Wohnungsnotfall Rahmenplanes in welchen insbesondere die Situation der unfreiwilligen Obdachlosen berücksichtigt wird?

Für eine zeitnahe Beantwortung der Fragen danke ich Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

Werner Harke

Freier Journalist und Autor (DJV)

Antwort der FWG

Seit der SPD-Anfrage im Stadtrat im vergangenen Herbst, haben wir das Thema Wohnungsnot innerhalb der FWG-Fraktion schon zweimal diskutiert. Uns ist die Dringlichkeit des Themas sehr bewusst. Wegen der gestrigen Stadtratssitzung komme ich leider erst heute zur Beantwortung Ihrer Fragen.



Anders als in allen südpfälzischen Gemeinden und Landkreisen haben wir in Neustadt/W. den großen Vorteil, dass wir eine Wohnungsbaugesellschaft besitzen, die in den letzten Jahren sehr gute Arbeit geleistet hat und über die wir Einfluss auf den Wohnungsmarkt ausüben können. Trotzdem kann die WBG aus personellen und finanziellen Gründen nicht innerhalb kürzester Zeit über 300 Wohnungen bauen. Dazu fehlen uns auch die Grundstücke.

Deswegen überlegen wir, ob wir Anreize oder Regelungen schaffen können, damit auch Privatleute und Investoren günstigen Wohnraum

..... schaffen. Dies könnte eine Quotenregelung bei Neubauten sein oder ein Anreiz bei Umnutzungen von Leerständen. Im Bereich der Altstadt und Fußgängerzone steht viel Wohnraum leer. Ein Schritt in diese Richtung ist die Erschließungsstraße hinter dem neuen Lidl in der Talstraße. Damit soll ein Zugang zu den Wohnungen im 1. OG der Hauptstraße ermöglicht werden. Zur Zeit sind viele Zugänge zu diesen Wohnungen durch die Ladenlokale im EG versperrt.



Die FWG wird in einer der nächsten Fraktionssitzungen die Geschäftsleitung der WBG einladen, um sich über die Möglichkeiten zur Schaffung von Wohnraum und die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Neustadt zu informieren. In diesem Jahr müssen auf jeden Fall die ersten Schritte in die Wege geleitet und ein Konzept aufgestellt werden. Da mit Sicherheit Bebauungspläne aufgestellt oder geändert werden müssen, wird es wahrscheinlich keine schnellen Neubauten als Sofortlösungen geben. Meine Hoffnung geht daher eher in die Aktivierung von Leerständen. Auf jeden Fall sollte kurzfristig eine Notunterkunft mit mehreren Wohnungen geschaffen werden, um die Obdachlosigkeit zu bekämpfen.

*Christoph Bachtler,
Fraktionsvorsitzender der FWG*

Antwort der CDU

Zu Frage 1:

Die kommunale Wohnungspolitik stellt einen zentralen Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge dar. Grundsätze, wie angemessene Wohnungsversorgung aller Bevölkerungsgruppen, sparsamer Flächenverbrauch, Forcierung der Innenentwicklung, nachhaltige, klimagerechte Bauweise, sozialverträgliche Planung sowie hohe städtebauliche und architektonische Qualität bilden dabei die zukünftigen Herausforderungen. Dies bedeutet insbesondere,

ein ausreichendes Angebot an Wohnungen in der Stadt für alle Nachfragegruppen- junge Familien, Singles, Ältere, neu hinzuziehende Berufstätige oder auch behinderte Mitmenschen - vorzuhalten und zwar in adäquater Menge, Qualität, preislichem Niveau, Wohnstatus und Vielfalt. Dies sind die Herausforderungen die zu bewältigen sind. Es gibt dazu schon Überlegungen und Ansätze seitens der Verwaltung und der Politik.

Wir haben in der Fraktion schon intensiv dieses Thema diskutiert und auch Vertreter anderer Kommunen sowie der WBG angehört.

Ob dies durch eine verbindliche Quote für preisgünstigen und geförderten Wohnungsbau oder verstärktes Engagement der WBG erreicht werden kann muss diskutiert werden. Wir können uns durchaus beides vorstellen wobei gerade bei einer Quotierung aber darauf geachtet werden muss dass Investoren nicht "verschreckt" werden. Am Ende sollen alle davon profitieren. Denn eines darf nicht passieren dass eine Quotenregelungen dringend benötigten Neubau verzögert oder gar verhindert. Das kann eigentlich nicht im Sinne der Stadt und ihrer wohnungssuchenden Bürger sein."



Zu Frage 2:

Eine Quote kann auch zu einem polarisierten Wohnungsmarkt führen. Es gibt dann vor allem neue Wohnungen für die Einkommensstarken und die Einkommensschwächsten. Die Mitte, also vor allem junge Familien mit Kindern, wird aus den Städten herausgedrängt. Die Logik dahinter ist einfach: Muss ein Investor diese Quote erfüllen, wird er die restlichen Wohnungen umso hochwertiger und teurer bauen, um am Ende eine angemessene Rendite erzielen zu können. Das mittlere Preissegment fällt weg. Junge Familien mit berufstätigen Eltern sind geradezu

gezwungen, aus der Stadt zu ziehen. Hartz-IV-Bezieher werden durch neue Sozialwohnungen nicht bessergestellt. Ihre Wohnung wird vom Staat bezahlt – ob als Sozialwohnung gefördert oder nicht. So geraten vor allem einkommensschwache Haushalte unter Druck, während sich nur noch die einkommensstärkeren in einem angespannten Wohnungsmarkt ohne größere finanzielle Anstrengungen behaupten können. Darauf muss geachtet werden und wir können uns deshalb eine Differenzierung zwischen 1. und 2. Förderweg bei der Quotierung vorstellen. Gerade der 2. Förderweg entlastet auch Familien mit mittlerem Einkommen. Also wie oben schon erwähnt können wir uns mit einer behutsame bedarfsgerechten Sozialquote durchaus anfreunden. Wir streben einen gesunden Mix aus freien und geförderten Wohneinheiten an. Alles andere wäre marktwirtschaftlich weltfremd und sozialpolitisch verfehlt.



Zu Frage 3:

Zu diesem Thema haben wir noch keine konkreten Diskussionen geführt. Werden aber demnächst der Einladung des Lichtblick nachkommen um uns hierzu ein besseres Bild machen zu können.

*Clemens Stahler –
Fraktionsvorsitzender der CDU
Stadtratsfraktion*

Antwort der SPD

Aus Sicht der SPD-Fraktion ist in der ersten Frage die Überschrift für die Beantwortung aller drei Frage formuliert: Neustadt braucht ein „Wohnraumkonzept“. Neustadt ist ein wunderbarer Wohnort und Lebensmittelpunkt. Es muss allerdings auch allen Neustadterinnen und Neustadtern möglich sein, in ihrer Stadt leben zu können. Deswegen setzt sich die SPD für die Bereitstellung von bezahlbarem

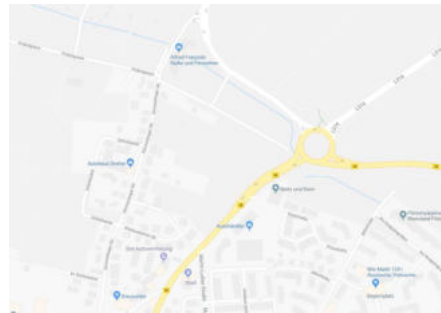
..... und lebenswerten Wohnraum ein. Die aktuelle Situation auf dem Immobilienmarkt zeigt, dass Menschen mit höherem Einkommen in Neustadt Wohnraum finden können, gleichzeitig wird es immer schwieriger für Menschen mit mittlerem, geringem oder ohne Einkommen in unserer Stadt würdig zu leben.



Die SPD Neustadt macht deswegen seit vielen Jahren eine Vielzahl von Vorschlägen, um bezahlbaren Wohnraum zu aktivieren oder zu schaffen. Wir entwickeln diese Vorschläge aus unserem Kontakt zu Organisationen wie Lichtblick, Frauenhaus, AWO usw., dem Austausch mit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern und unseren eigenen Erfahrungen. Kern eines Wohnraumkonzeptes ist die Analyse des Bestandes. Leider liegen keine genauen Zahlen zum Wohnraumbedarf in Neustadt vor. Die Analyse des sichtbaren Angebots und der offensichtlichen Nachfrage z.B. bei Maklern ist dabei nicht ausreichend. Wir müssen auch erheben, wo möglicher Wohnraum nicht bereit gestellt wird und warum. So stehen in der Kernstadt Wohnungen leer, die auf dem Wohnungsmarkt aus den verschiedensten Gründen gar nicht angeboten werden. Auch der Bedarf an Wohnraum muss im Detail erhoben werden. Nach Erkenntnissen des Lichtblicks gibt es in Neustadt über 300 Wohnungslose. Auch besteht Bedarf für junge Familien und Menschen, die in Neustadt arbeiten und gerne hier wohnen würden.

Die Schaffung von Wohnraum beginnt bei der Bereitstellung von Grundstücken. Die SPD fordert, dass neue Baugebiete nur ausgewiesen werden, wenn die Stadt im Besitz der Grundstücke ist, wie das in anderen Städten bereits umgesetzt

wird. Bei der Vergabe ist dann darauf zu achten, dass auch junge Familien, genossenschaftliche Wohnprojekte und generationenübergreifende Projekte zu bezahlbaren Preisen zum Zug kommen. Sollte es politisch nicht umsetzbar sein, Baugebiete nur für Grundstücke in städtischer Hand auszuweisen, soll bei künftigen Wohnentwicklungsprojekten mindestens eine Sozialquote eingeführt werden. Zuletzt haben wir diese Forderungen beim Bebauungsplan Heulache – leider vergebens – gestellt.



Die Ausweisung neuer Baugebiete ist allerdings nicht der Weisheit letzter Schluss. Vorrangig müssen wir den bestehenden Wohnraum und die verfügbaren Flächen nutzen. Hier muss die Stadt wieder ein aktives Flächenmanagement betreiben und geeignete Flächen und Immobilien erwerben. Diese müssen unter Verwendung einer sinnvollen Sozialquote auch für die Bereitstellung von sog. Sozialwohnungen genutzt werden. Die Neustadter WBG leistet hier bereits hervorragende Arbeit, sie muss hierbei unterstützt werden.

Zur Unterstützung privater Eigentümer zur Reaktivierung leerstehender Wohnungen sollten Unterstützungen – je nach Bedarf – angeboten werden. Einige Eigentümer benötigen Unterstützung in der Renovierung, Vermietung und Betreuung der Wohnungen, andere können mit finanzieller Förderung motiviert werden. Für viele Wohnungseigentümer können Vorbehalte bei der Vermietung dadurch reduziert werden, dass die Stadt als Hauptmieter auftritt.

Bei der Sanierung von Stadtgebieten, wie nun z.B. für die West-Stadt geplant, muss darauf geachtet werden, dass eine gute Mischung der Wohnangebote erreicht wird. Die SPD Neustadt stellt sich gegen

Luxussanierungen ganzer Stadtgebiete und gegen eine „Ghettobildung“ sowohl für Besserverdienende als auch für wirtschaftlich schwache Mitbürgerinnen und Mitbürger. Gleichzeitig richten wir uns gegen ein Ausspielen einzelner Gruppen, welche die Unterstützung der Gemeinschaft brauchen. An verschiedenen Stellen in der Stadt wird die Frage der sozialen Wohngebietsgestaltung diskutiert. Politische Gruppierungen gehen hierbei mit fragwürdigen Argumenten gegen einzelne Bevölkerungsgruppen vor. Für die SPD Neustadt ist klar: Eine soziale Trennung in der Stadt werden wir nicht dulden. Ob im sozialen Wohnungsbau, der sozial integrierenden Ansiedlung bestimmter Bevölkerungsgruppen im Schlachthof Gelände oder in der Einbettung der Flüchtlingsunterkünfte in das städtische Leben. Die Ausgrenzung einzelner Gruppen schadet der Vielfalt und dem sozialen Frieden und darf nicht hingenommen werden.



In den kommenden Jahren werden durch den demographischen Wandel und drohende Altersarmut zusätzliche Herausforderungen auf unsere Gesellschaft zukommen. Wir müssen daher integrative, gemeinschaftliche und generationenübergreifende Wohnprojekte fördern. Auch die wohnortnahe Betreuung älterer Menschen muss organisiert werden.

Die WBG startet hierzu ein zukunftsorientiertes Projekt, das bei Erfolg ausgebaut werden sollte. Eine große Herausforderung – welche durch solche Projekte nicht oder nur begrenzt gelöst werden kann – ist der akute Bedarf an Wohnraum, z.B. durch einen Schicksalsschlag, finanzielle Notsituationen oder Trennung in der Partnerschaft. Einzelne Mitbürgerinnen und Mitbürger benötigen nicht nur Hilfe bei der Wohnungssuche, sondern auch beim Halten einer Wohnung. Wir unterstützen den Vorschlag

..... des Lichtblick, eine Wohnraumassistentz im Neustadter Sozialamt einzurichten. Hier ist die professionelle Betreuung für Menschen, die Schwierigkeiten haben, eine Wohnung zu bekommen und/oder zu halten zu bündeln. Diese Stelle muss auch über einen Pool an Wohnungen verfügen, welche bei akutem Bedarf zur Verfügung stehen. Das Projekt „SozPädAl“ aus Karlsruhe, in welchem eine zentrale Stelle mit eigenem Budget geeignete Wohnungen anmietet und vorhält, sollte für Neustadt geprüft werden. Durch die Bündelung der Kompetenzen und die kompetente Nutzung von Fördermitteln von Land und Bund sollte der finanzielle Aufwand für die Stadt tragbar sein.

Es ist nicht akzeptabel, dass unsere Neustadter Mitbürgerinnen und Mitbürger durch einen Schicksalsschlag gezwungen werden, auf der Straße zu leben. Bei der neuen Wohnraumassistentz sollten alle entsprechenden Betreuungsaufgaben, welche heute durch verschiedene Behörden ausgeübt werden, vereint werden.



Die SPD Neustadt setzt sich dafür ein, dass alle Neustadterinnen und Neustadter in Neustadt würdig leben können. Wir sind der Ansicht, dass das Thema „Wohnraum“ nicht durch parteipolitisch motivierte Schnellschüsse behandelt werden kann. Wir möchten in einer überfraktionellen Arbeitsgruppe mit der Kompetenz der WBG und in Abstimmung mit unserem neuen Oberbürgermeister ein tragfähiges Konzept für Neustadt entwickeln. Das Ziel muss sein, dass alle Neustadterinnen und Neustadter in ihrer Stadt in Würde leben können.

*Pascal Bender,
Vorsitzender der SPD Fraktion*

Antwort der FDP

1. Wir stellen fest, dass in Neustadt ein Bedarf für günstige Wohnungen

besteht. Die Neustadter FDP spricht sich dafür aus, dass die Wohnungsbaugesellschaft in den nächsten Jahren vermehrt Wohnungen baut, die Personen mit niedrigem Einkommen angeboten werden können. Natürlich wollen wir auch andere Investoren animieren, in diesem Bereich tätig zu werden.



2. Die Kommunalpolitik in Neustadt wird ihren Einfluss auf die Wohnungsbaugesellschaft ausüben, um Investitionen in den sozialen Wohnungsbau zu ermöglichen. Wir werden auch die baurechtlichen Rahmenbedingungen schaffen. Einer Sozialquote für Neubaugebiete steht die FDP sehr kritisch gegenüber. In der Regel bringen feste Quoten keine Verbesserung. Wir werden aber darauf achten, dass bei der Ausweisung von Baugelände auch Sozialwohnungen errichtet werden. 3. Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit ist eine enge Zusammenarbeit von Sozialamt, freien Trägern und der Wohnungsbaugesellschaft erforderlich.

*Dr. Matthias Frey,
FDP-Stadtratsfraktion und FDP Kreisverband Neustadt an der Weinstraße*
Antwort Bündnis '90/Die Grünen
Zu Frage 1:

Die Stadtratsfraktion der Neustadter Grünen unterstützt die weitere Schaffung von bezahlbaren Wohnraum in unserer Stadt sehr.

In der Vergangenheit hat die WBG (Wohnungsbaugesellschaft Neustadt) schon einige Anstrengungen hier unternommen und steht im Vergleich zu anderen Städten nicht schlecht da. Trotzdem reicht das nicht!

Eine Anfrage von B'90/Die Grünen zum sozialen Wohnungsbau ergab ein beunruhigendes Ergebnis:

Die meisten Sozialbindungen bei unseren städtischen Wohnungen werden bald entfallen!

Das heißt aber nicht, dass es dann bei der städtischen WBG

(Wohnungsbaugesellschaft Neustadt) "automatisch" zu unangemessenen Mieterhöhungen kommen wird, aber es läßt uns aufhorchen.

(Siehe hierzu die Anlage - Fragenkatalog von der Fraktion B'90/Die Grünen NW und Antwort der Stadt zur Stadtratssitzung am 22.08.2017).

Zu Frage 2:

Bei den Neustadter Grünen wird die Frage der Einführung einer bedarfsorientierten Sozialquote zur Zeit intensiv diskutiert. Hierbei sehen wir uns auch die Modelle und Erfahrungen in umliegenden Städten genauer an. Dem Grunde nach sind wir für die Einführung einer Sozialquote, denken zur Zeit an ca. 25%, aber deren Umfang und Möglichkeiten müssen noch mit der WBG (Wohnungsbaugesellschaft Neustadt), dem Oberbürgermeister und den anderen Stadtratsaktionen weiter abgeklärt werden. Klar, dies hängt auch davon ab, in welchem Umfang und Projekten die WBG hier in den nächsten Jahren investieren wird und auch kann.



Übrigens hat hier auch der neugewählte OB ein Wörtchen mitzureden haben. Es liegt also noch einiger Klärungsbedarf vor uns.

Aber wir sind da guter Dinge, das letztendlich in diesem Jahr eine für Neustadt sinnvolle Lösung möglich ist. Hier, das unterstützen wir Neustadter Grünen, muss auch ein neues Wohnraumkonzept für unsere Stadt erstellt werden, das auch die Menschen umfasst, die Bezieher von Niedrigeinkommen und Transferleistungen sind.

Zu Frage 3:

Die Jamaika Koalition hat auf ihrer Klausurtagung am 13. Januar beschlossen, das direkte Gespräch mit dem Lichtblick zu führen. Wir erhoffen uns daraus weitere richtungsweisende Erkenntnisse.

Dieses Treffen soll zeitnah sein.

..... Meines Wissens gibt es ja schon sogenannte Notfallunterkünfte und der Lichtblick engagiert sich hier auch stark und sehr pragmatisch. Aber klar, die Erstellung eines lokalen Wohnungsnotfall-Rahmenplanes oder wie der Beschluss dann auch immer heißen wird, eine Bestandsaufnahme des bereits vorhandenen oder nicht vorhandenen Wohnungsangebotes, stehen dringend an.



Kurz gesagt: Die Erarbeitung weiterer konkreter Initiativen im sozialen Wohnungsbau unserer Stadt, unter Einbeziehung gerade auch der unfreiwilligen Obdachlosen sind überfällig.

Dabei geht es uns auch um die obdachlosen Jugendlichen unserer Stadt. Hierzu hat die Fraktion von B'90/Die Grünen am 12.12.2017 auch eine Anfrage gestellt, deren Beantwortung durch die Stadt in der nächsten Sitzung des Stadtrates erfolgen soll (s. Anlage).

Kurt Werner,
Bündnis '90/Die Grünen ★

Reizthema Sozialer Wohnungsbau

Situation in Deutschland

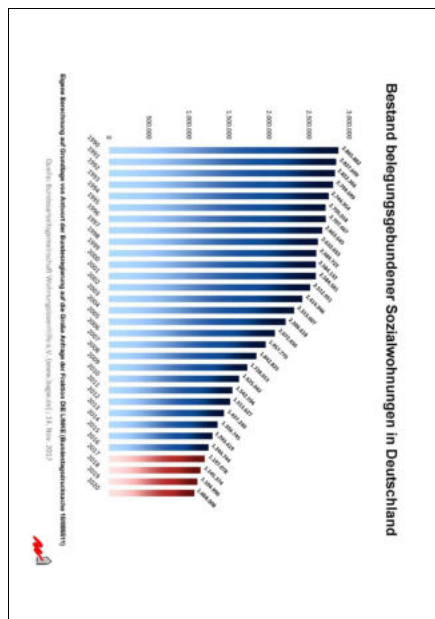
Wohnungsmangel, hohe Mieten, Verarmung und sozialpolitische Fehlentscheidungen.

Die wesentlichen Ursachen für Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit liegen in einer seit Jahrzehnten verfehlten Wohnungspolitik in unserem Land.

Und das in Verbindung mit der unzureichenden Armutsbekämpfung. Laut BAGW (Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.) sind insbesondere maßgeblich für den dramatischen Anstieg der Wohnungslosen Zahlen verantwortlich:

Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum ist unzureichend, der

Sozialwohnungsbestand schrumpft ständig. Seit 1990 ist der Bestand an Sozialwohnungen um ca. 60% gesunken (siehe Grafik). 2016 gibt es noch ca. 1,2 Millionen Sozialwohnungen, bis 2020 werden weitere 170.000 aus der Bindung fallen. Zusätzlich haben Kommunen, Bundesländer und der Bund eigene Wohnungsbestände an private Investoren verkauft. Damit haben sie Reserven bezahlbaren Wohnraums aus der Hand gegeben.



Darüber hinaus fehlten mindestens 11 Millionen Kleinwohnungen. Dieser Wohnungsmangel bei den Ein- bis Zweizimmerwohnungen hat zu einem extremen Anziehen der Mietpreise, vor allem in den Ballungsgebieten geführt.

Quelle: www.bagw.de

Situation in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz sollen in dieser Legislaturperiode gut 20.000 Wohnungen neu in die soziale Wohnraumförderung aufgenommen werden. Der Bund hat die Kompensationsmittel an die Länder für den Wohnungsbau für die Jahre 2017 und 2018 erhöht. Diese finanziellen Mittel sollen in Rheinland-Pfalz für die Förderung von bezahlbarem Wohnraum investiert werden, um entsprechend der Zielsetzung des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen Rheinland-Pfalz mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und bestehenden bezahlbaren Wohnraum zu erhalten.

Das Land will nach Angaben des

Finanzministeriums demnach die Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau in den kommenden zwei Jahren mit jeweils 300 Millionen Euro fördern. Damit würden die Mittel mehr als verdoppelt.

Quelle: www.swr.de/swraktuel/rp/sozialer-wohnungsbau-foerdermittel-steigen-hoehstmieten-aber-auch-/id=1682/did=18964428/nid=1682/1ty2i72/index.html

Anfrage an WBG

Guten Tag,
als Freier Journalist schreibe ich unter anderen für die Hauszeitung der Tagesbegegnungsstätte »Lichtblick«

Das Schwerpunktthema für die Februar/2018 Ausgabe ist die auch in Neustadt herrschende Wohnungsnot, insbesondere bezahlbarer Wohnraum und der Status »sozialer Wohnungsbau« in unserer Stadt.

Ich bitte Sie in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch ist der derzeitige Bestand belegungsgebundener Sozialwohnungen der WBG in Neustadt an der Weinstraße?
2. Wie viele Sozialwohnungen sind in den letzten 10 Jahren von der WBG erstellt worden?
3. Welche Kapazitäten sind für die 5 Jahre im Bereich sozialer Wohnungsbau geplant?

Für eine zeitnahe Beantwortung der Fragen danke ich Ihnen.
Werner Harke
Freier Journalist und Autor (DJV)

Und wie sieht es in Neustadt an der Weinstraße aus?

In Neustadt sind 2.180 Wohnungen im Bestand der WBG. Laut Geschäftsführer Dietmar Kurz entspricht das einem Marktanteil von ca. 18%.



Von diesem Bestand sind 677 Wohnungen gefördert
SEITE 6

..... Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus. Dietmar Kurz macht in diesem Zusammenhang auf das Problem der Deckelung durch die ALG II Gesetze aufmerksam. So sei es für private Bauherren oder auch Großinvestoren nicht mehr attraktiv, trotz Fördermitteln in den sozialen Wohnungsbau einzusteigen. Das niedrige Zinsniveau reize vielmehr, in das mittlere und hohe Preissegment zu investieren. Im letzten Jahr wurden 21 Wohnungen in der Schlachthofstraße fertig gestellt. Hier sind die Bewohner des Maifischgrabens inzwischen eingezogen.



Schlachthofstraße

Ende März 2017 konnte die WBG mit dem Bau der Gebäude im Harthäuser Weg beginnen. Die Fertigstellung ist im März 2018. Alle sechs Erdgeschosswohnungen werden barrierefrei errichtet. Durch die Förderung sei es möglich, die im Landesprogramm vorgegebene Nettokaltmiete von maximal 5,10 Euro pro Quadratmeter im Monat zu realisieren, berichtet Geschäftsführer Kurz.

Wie sieht es mit der mittelfristigen Planung aus?

Für die nächsten 5 Jahre sei der Bau von ca. 60 geförderten Wohnungen geplant. Davon 30 Wohneinheit in Lachen-Speyerdorf.

Dietmar Kurz wies jedoch darauf hin, wie langwierig und kompliziert die Genehmigungsverfahren im Baurecht sind. Nicht nur baurechtliche Vorgaben müssten erfüllt werden, Umweltschutzverbände und schließlich auch Nachbarn haben ein Wort mit zu reden.

Fazit

Die Bundesregierung und auch das Land Rheinland-Pfalz scheinen nach jahrelanger Stagnation erkannt zu haben, wie wichtig bezahlbare Wohnungen für den sozialen Frieden

im Land und in der Stadt sind.

Die Neustadter WBG Förderungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten ausgeschöpft und wird auch künftig sehr genau die Fördertöpfe beobachten. Jetzt ist die Politik der Stadt gefragt, und zwar in folgenden Punkten: Künftig Städteneigene Immobilien Filetstücke nicht an Investoren zu verkaufen, so wie in Lachen-Speyerdorf - Edon-Kaserne Verkauf an die SGI Entwicklung mbH geschehen -, sondern selbst zu vermarkten.



Ehemalige Edon-Kaserne

Vorschläge für eine Wohnraumversorgungskonzeption zu erstellen, die nicht nur den Bedarf an Wohnungen für mittlere und höhere Einkommen berücksichtigt, sondern auch das Augenmerk auf Bezieher niedriger Einkommen und Transferleistungen (ALG II) richtet.

Vorschläge zum sozialen Wohnungsbau beispielsweise durch Einführungen einer bedarfsorientierten Sozialquote.

Einführung eines lokalen Wohnungsnotfall Plans, in welchem insbesondere die Situation der unfreiwilligen Obdachlosen berücksichtigt wird.

Die Lichtblick Redaktion ist davon überzeugt, dass Stadtverwaltung, Oberbürgermeister und die Fraktionen des Stadtrates den Ernst der Situation kennen und gemeinsam die richtigen Entscheidungen treffen werden.★

Die Nachlese zur Weihnachtsfeier 2017

Und wieder einmal konnten wir die Weihnachtsfeier ganz kurzfristig im Freien feiern! Fast 100 Portionen Mittagessen wurden verteilt und über 130 Päckchen brachte St. Rupprecht den Kindern, Frauen und Männer vorbei. In diesem Jahr erhielten wir

insgesamt 170 Päckchen, so dass wir auch noch nach Weihnachten Päckchen abgeben können.



Ganz herzlichen Dank an den Kindergottesdienst der Evang. Kirchengemeinde Hambach, die, wie auch in den vergangenen Jahren, viele Pakete für die „Lichtblick“ Kinder organisiert hatten. Hier insbesondere auch Dank an Frau Hetterich.

Fertig geschnürte Pakete oder Sachspenden zum Füllen von Schuhkartons erhielten wir von:

KFG Geinsheim, Kath. Frauenbund St. Josef in Neustadt, Kath. Pfarrgemeinde in Esthal, hier ganz besonderen Dank an Karl Becker, die MitarbeiterInnen der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz mit Sitz in Neustadt, die Johanniter Hilfsgemeinschaft, Gemeindevorstand und Kindergarten der Kath. Kirchengemeinde in Geinsheim, die Rheinwagt GmbH in Neustadt, die IGS Deidesheim, Evang. Kirche in Lachen-Speyerdorf, Pfarrgemeinde St. Gallus in Haßloch, Internationale Schule in Neustadt, KFD Diedesfeld, Regionalschule Hambach-Maikammer und der KFD Strickkreis in Venningen.

Nicht zu vergessen die vielen EinzelspenderInnen, die wir nicht persönlich benennen möchten.

Schon fast zur Tradition geworden war die musikalische Eröffnung der Feierlichkeiten durch den Posaenorchester Hambach-Winzingen, der nicht nur unseren BesucherInnen ein Ständchen gab, sondern auch die Nachbarschaft begeisterte.

Danach ging es dann los mit der Feier:

Dekan Jung hielt einen kleinen Gottesdienst, Martin Ulmer an der Gitarre begleitete die Weihnachtslieder, Hans Eber-Huber gedachte der Verstorbenen, hielt eine kleine Ansprache in Hochdeutsch und

..... danach auch in Pfälzisch und ehrte 2 Frauen, die sich besonders engagiert hatten.

Und danach wurde es spannend: Knecht Rupprecht hatte die kleinen und auch großen Kinder nicht vergessen, kam mit großem Geläut und verteilte viele Geschenke an die braven Kinder und Erwachsene.

Was besonders schön war:

Auch viele Flüchtlingskinder kamen vorbei und holten sich ihr Weihnachtspäckchen ab. ★

Der „Woibauer“ kam, sah und brachte viel Freude mit

Einen besonderen Tag erlebten die Gäste des „Lichtblicks“ am Samstag, 16. Dezember. Normalerweise ist an diesem Tage geöffnet, denn es ist Winterzeit gewesen und da hatte der Lichtblick seine Tür von 9 bis 13 Uhr geöffnet. Normalerweise gibt es an des Samstagen kein Mittagessen, sondern „nur“ kalte Küche.

Am 16.12. jedoch wurde in den frühen Morgenstunden von den fleißigen Lichtblick-Helfern Wolfgang, Sven, Balu und Tony mit Unterstützung und Organisation unserer „Speedy“, Pavillons und Garnituren aufgebaut. Kurze Zeit später kamen die Helferinnen und Helfer der Deidesheimer Gaststätte „Zum Woibauer“ und bauten ein warmes Buffet auf, das alle so schnell nicht vergessen werden. Die köstlichsten Speisen und sogar ein toller Dessert wurden ausgegeben an ungefähr 60 hungrigen Menschen, die zu Beginn Schlange standen.



Sogar die Sonne blinzelte zwischen den Wolken und Manche aßen sogar im Freien.

Um 13 Uhr war der Spuk vorbei, als wäre nichts gewesen. Mit Hilfe von Margitta, Moni und Speedy wurde

der Lichtblick wieder auf Vorderfrau gebracht.

Ein herzliches Dankeschön an das Team vom Woibauer, an die Firma METRO, die das Essen mit sponsorte und an das Team vom Pfarrgut Deidesheim.

Denn, zum Essen sollte es auch ein gutes Gläschen Deidesheimer Wein geben, der Wein wurde jedoch konfisziert, da im Lichtblick absolutes Alkoholverbot herrscht.

Nun hat der Lichtblick jedoch ein schönes Dankeschön an die Helfer!

Infos zum „Woibauer“:

www.restaurant-zumwoibauer.de

Infos zum Pfarrgut Deidesheim:

www.pfarrgut-deidesheim.de ★

Großartig

Der Lichtblick erhält jedes Jahr von unterschiedlichsten Seiten Spenden. Mit diesem Artikel wollen wir diesen Personen, Unternehmen und Organisationen danken.

Lichtblick sagt Danke

Seit vielen Jahren erhalten wir eine jährliche Unterstützung von der Rotarier Stiftung in Neustadt. Dafür ein ganz herzliches Dankeschön.

Mindestlohn kommt dem Lichtblick zugute

Der Pfälzerwald-Verein Hambach engagierte sich am Sonntag, 26. November, mit einer Benefizaktion für die Tagesbegegnungsstätte „Lichtblick“. An diesem Tag übernahm die Vorstandschaft der Ortsgruppe den Hüttendienst im Hohe-Loog-Haus und stiftete ihren Mindestlohn dem guten Zweck. „Wir möchten mit dieser Aktion den ‚Lichtblick‘ und seine wertvolle Arbeit unterstützen. Im vergangenen Jahr hatte die Ortsgruppe mit einer ähnlichen Aktion das Ambulante Hospiz- und Palliativzentrum in Neustadt unterstützt.



Zum Schluss kamen 750,00€ zusammen und zusätzlich wurden 75,00€ in der Spendenkasse gezählt.

Schröter-Stiftung ... zum 2.

Voller Freude berichteten wir von der großen Spende der Schröter-Stiftung. Ende des vergangenen Jahres gab es sogar noch einen Zuschlag. Ganz herzlichen Dank!

Aus Äpfel wird Apfelsaft

Einen großen Geldbetrag brachte kurz vor Weihnachten Frau Schöpsdau im Auftrag der Ökumenischen Aktionstage in Maikammer vorbei. Das Geld war der Erlös einer Obstsammelaktion. Viele Frauen und Männer aus Maikammer waren daran beteiligt, nicht benötigtes Obst aus der Maikammerer Flur zu ernten. Daraus wurde Apfelsaft hergestellt und verkauft.

Humanitas-Stiftung gibt Geld für Arbeitskleidung

Unser Arbeits- und Beschäftigungsprojekt „SoliPakt“ beschäftigt Ende 2017 fast 40 Frauen und Männer.

Viele benötigen Sicherheitsschuhe und Arbeitskleidung. Mit einer Geldspende der Humanitas-Stiftung konnten wir Pullover und dicke Arbeitsjacken anschaffen, und Alle mit unserem Lichtblick-Logo!

Umgekehrte Adventskalender

Eine tolle Idee hatte die Firma Naturenergie Plus. Sie verlost im Laufe Ihrer Nachhaltigkeitswoche im Dezember drei „Umgekehrte Adventskalender“ zu Gunsten von Obdachlosen-Einrichtungen.

Neben der Tagesbegegnungsstätte Lichtblick in Neustadt konnten sich auch der Dornahof in Tübingen sowie das Gast-Haus e.V. in Dortmund freuen. Wer die Adventskalender bekam konnten die Besucher der Firmenwebseite bestimmen.

www.naturenergieplus.de

www.lichtblick-nw.eu

www.dornahof.de

www.gast-haus.org ★

Impressum

Tagesbegegnung Lichtblick

Amalienstraße 3

67434 Neustadt/Weinstraße

Telefon: (06321) 355340

Internet: www.lichtblick-nw.de

Träger: Prot. Dekanat Neustadt und Förderbeirat „Lichtblick“

Redaktion: Thomas Lückert, Harald Beck, Hans Eber-Huber, Werner Harke, Walter Nargang, Philipp Klein

Druck: Evang. Verwaltungsamt

Auflage: 1200 Stück